

Kai Bliesener

Pressesprecher der IG Metall Baden-Württemberg



Kundgebung am 1. Mai 2011 in Bad Mergentheim

Inhaltsverzeichnis

1. Atomausstieg
2. Finanz- und Wirtschaftskrise und die Folgen
3. Regulation der Finanzmärkte
4. Forderungen an die neue Landesregierung
5. Bildungspolitik
6. Perspektiven für die Jugend
7. Prekäre Beschäftigung

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist erst wenige Wochen her, da hat uns eine Naturkatastrophe viele tausend Kilometer östlich von hier gezeigt, wie anfällig unsere hoch technologisierte Welt ist.

Innerhalb weniger Minuten wurde dort die Existenz tausender Menschen weggespült. Und noch bevor das ganze Ausmaß dieser Umweltkatastrophe sichtbar wurde, geriet der Atomreaktor im japanischen Fukushima außer Kontrolle.

Das hat uns eine Tatsache schmerzlich vor Augen geführt:

Atomenergie ist als Brückentechnologie ungeeignet. Im Gegenteil. Sie steht dem Schwenk in Richtung innovativer Ideen und Lösungen rund um die Zukunft unserer Energieversorgung im Weg.

Die Wirkung des Moratoriums der Bundesregierung verdampft dabei wahrscheinlich so rasch, wie das Kühlwasser auf den Brennstäben in Fukushima.

Die Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, stemmen sich seit Mitte der 80er Jahre gegen die Atomenergie und die Atomwirtschaft.

Wir haben den von Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg begrüßt. Dieser Einstieg in den Ausstieg war der richtige Schritt. Und er war in trockenen Tüchern, wurde selbst von den Energieversorgern mitgetragen.

Aber was macht die schwarz-gelbe Bundesregierung? Sie opfert diesen Konsens einer Lizenz zum Gelddrucken für die Energieriesen Vattenfall, RWE, E.ON und EnBW.

So haben Merkel und Westerwelle bewiesen, wie sehr diese Bundesregierung am Gängelband finanzkräftiger Lobbyisten und Unternehmen hängt.

Und die Regierung ist ein Wiederholungstäter: Da gab es zunächst Steuergeschenke in Milliardenhöhe für die Hoteliers, und dann eine Gesundheitsreform, die in die Taschen der Beschäftigten, Familien, sozial

Schwachen und Rentner greift und deren Gesetzestext von einem Vertreter der Pharmalobby mitgeschrieben wurde.

Eine Politik zum Wohle des deutschen Volkes sieht anders aus. Die Regierung hat darauf zwar einen Eid geschworen. Aber sie tut das Gegenteil.

Eine Regierung, die so Politik macht, gehört eigentlich abgelöst – und zwar schnell.

Die Atomenergie gehört auf die Müllhalde der Geschichte. Abschalten lautet die Devise. Wir brauchen eine Rückkehr zum Fahrplan des bereits beschlossenen Atomausstiegs. Erneuerbare Energien brauchen freie Fahrt auf allen Gleisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die heimische Wirtschaft hat den Einbruch der tiefsten Wirtschaftskrise der letzten 80 Jahre in großen Teilen überwunden.

Mit Fug und Recht lässt sich sagen: Diese Krise mit ihren extrem rasanten Entwicklungen und massiven Einbrüchen hätte Deutschland nicht so gut verarbeitet, wenn es nicht zündende Ideen und kluges, weitsichtiges Handeln der Gewerkschaften zusammen mit einer Mehrheit der Arbeitgeber und ihren Verbänden gegeben hätte.

Es ist gelungen, die Stammbeslegschaften weitgehend zu schützen. Opfer der Krise wurden in erster Linie die prekär Beschäftigten, denn sie waren es, die von den Firmen als Erste auf die Straße gesetzt wurden.

Es ist unser Erfolg, dass es als Krisenfolge keinen sprunghaften Anstieg von Massenentlassungen gegeben hat, ich nenne nur die intensive Nutzung der Kurzarbeit als Stichwort. Hätten wir die flexiblen Möglichkeiten und die Tarifverträge nicht gehabt, wäre es anders gelaufen. Das hätte wahrscheinlich alle anderen Wirtschaftsbereiche und den öffentlichen Dienst mitgerissen und wäre Nährboden für eine lang anhaltende ökonomische Katastrophe gewesen.

Das zeigt, der eingeschlagene Weg war richtig.

Doch die Arbeitgeber wollen den Pfad offensichtlich verlassen.

Die Krise ist vorbei und die Gier nach Rendite offensichtlich zurück. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen werden dafür von den Arbeitgebern mit Lohndumping, Arbeitshetze und Erpressungsdruck belohnt. Fast 80 Prozent der neuen Arbeitsplätze entstehen im Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Werkverträge oder Befristungen. So werden Löhne gedrückt, Tarifverträge und Kündigungsschutz ausgehebelt. Ist das etwa fair? Ist das gerecht? Nein, das ist frech, dreist und unverschämt und kann von uns nicht akzeptiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Krise hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Ungeschoren davonkommen sind diejenigen, die für die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich waren: Banken und Spekulanten.

Sie waren es, die eine Finanzblase aufgebläht hatten, deren Platzen die Weltwirtschaft in den Abgrund gestürzt und weltweit die Arbeitsplätze von Millionen von Menschen gefährdet hat.

Doch statt Konsequenzen aus diesem kapitalistischen Super-Gau zu ziehen, galoppierte die schwarz-gelbe Bundesregierung in die falsche Richtung. Nachdem sie Steuergeschenke an Hoteliers verteilt hatte und große Vermögen und Einkommen nicht mit den Krisenfolgen belasten wollte, sollten die abhängig Beschäftigten die Suppe auslöffeln, die uns das Finanzkapital eingebrockt hatte.

„Die Politik darf nicht Spielball des Marktgeschehens sein. Sie muss die Regeln und die Richtung der Ökonomie bestimmen“, hat IG Metall-Chef Huber die Rolle der Regierung klar umrissen. Das Gegenteil ist passiert.

Die Regierung hat die Vorschläge der Gewerkschaften ignoriert, das Geld bei denen einzutreiben, die vor und sogar noch während der Krise exorbitante Gewinne eingestrichen haben.

Stattdessen wird dem Volk erzählt, es habe über seine Verhältnisse gelebt. Doch ein erheblicher Teil der Staatsschulden geht auf das Konto des Bankenrettungspaketes. Sage und schreibe 905 Milliarden Euro hat der Spaß die G20-Länder gekostet.

Zum Vergleich: Der gesamte Bundeshaushalt sieht für das Jahr 2011 Ausgaben von 311 Milliarden Euro vor. Die Banken haben also mehr als dreimal soviel verschlungen, wie unser Staat in einem Jahr ausgibt.

Doch statt diejenigen zur Kasse zu bitten, die genügend Geld gescheffelt haben, sollen wir die öffentliche Schuldenlast von 1,7 Billionen Euro schultern und den Gürtel enger schnallen. Zusätzlich soll die Verschuldung bis 2016 auf Null gefahren werden.

Die Schuldenbremse nimmt Bund, Länder und Gemeinden in den Würgegriff. Leidtragende sind am Ende Familien, Kinder sowie Bildungs- oder Sporteinrichtungen.

Aber einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten. Kommunal финанzen sind unsere Daseinsvorsorge. Dort brauchen wir brauchen das Geld.

Die Hälfte der deutschen Haushalte verfügt über kein nennenswertes Vermögen. Dagegen befindet sich in Deutschland das sagenhafte Vermögen von 1.220 Milliarden Euro in den Händen von 800.000 Superreichen.

Wir können dieses Ungleichgewicht der Vermögenswerte nicht länger akzeptieren. Eine Regierung hat die Verantwortung, zum Wohle des Volkes zu handeln, nicht zum Wohle von wenigen Einkommensmillionären. Sie sind es, die für das Gemeinwohl zur Kasse gebeten werden müssen.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch: Mehr Steuergerechtigkeit durch eine Finanztransaktionssteuer, eine Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer, ohne dass Omas Häuschen dabei verloren geht.

Dazu kommt noch eine gerechte Besteuerung von Kapitalerträgen. Allein durch diese Maßnahmen, die keinen der Superreichen verarmen lassen,

könnte der Staat mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen und so die Finanzkraft von Bund, Ländern und Kommunen stärken.

Ich fordere die Bundesregierung hier und heute auf, nicht länger aus Angst vor den Millionären und Milliardären zu kneifen und zu kuschen, sondern endlich dort das Geld zu holen, wo es im Überfluss vorhanden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es wurden hunderte Milliarden in die Rettung der Banken gesteckt, weil sie als systemrelevant eingestuft wurden. An den Rahmenbedingungen für ihr Treiben wurde aber nichts verändert. Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds können weitermachen wie zuvor. Ein globaler Finanz-GAU kann sich jederzeit wiederholen, weil versäumt und verweigert wurde, die notwendigen Lehren zu ziehen. Das ist ein Skandal! Das ist unglaublich!

Private Rating-Agenturen können ungehemmt weiter ihr Unwesen treiben und über Wohl und Wehe von Firmen und Staaten richten, sie sogar in den Ruin treiben.

Und den oft beschworenen TÜV für Finanzmarktprodukte gibt es ebenso wenig, wie ein Verbot für Finanzmarktderivate oder so genannte Leerverkäufe. Und auch Finanztransaktionen werden noch immer nicht besteuert.

Fazit: Der Gier und der ungehemmten, rücksichtslosen Spekulation sind weiter keine Grenzen gesetzt. Wenn uns jetzt Regierungen und so genannte Experten weismachen wollen, die Finanzkrise sei Schnee von gestern, grenzt das an Volksverdummung. Dieser Schnee von gestern rollt heute als Schuldenlawine über uns weg.

Aber nicht die Beschäftigten, die Rentner, die Arbeitslosen und Kranken haben die Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen. Es sind die Folgen der weltweiten Finanzspekulation.

Ich meine: Diesem Treiben, dieser Abzocke, dieser Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit müssen endlich Ketten angelegt werden, sonst geht das ewig so weiter.

Finanzspekulationen sind von Menschen gemacht. Sie wurde erst von den Regierungen durch Deregulierung möglich gemacht. Und was von Menschen gemacht ist, kann auch von Menschen geändert werden. Ich bin deshalb überzeugt, wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in Wirtschaft und Politik. Nicht morgen oder übermorgen, sondern hier und jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist erst wenige Wochen her, da haben die Bürgerinnen und Bürger das politische Koordinatensystem im Land massiv durcheinandergewirbelt. Nach fast 58 Jahren wurde die CDU zum ersten Mal in der Geschichte unseres Bundeslandes von den Wählern in die Opposition geschickt. Statt Schwarz-Gelb wurde dem Land ein grün-roter Anstrich verpasst.

Die baden-württembergischen Arbeitgeberverbände legten gleich einen Forderungskatalog vor: bezahlbare Energie für Unternehmen, der Erhalt von Beschäftigungsinstrumenten wie Leiharbeit, kein Mindestlohn und die Fortführung der Studiengebühren.

Aber das kann es nicht sein. Die Mehrheit hat den Wechsel nicht gewählt, um einen politischen Status Quo zu erreichen. Ein politischer Wechsel muss auch zwingend einen Wechsel der Politik nach sich ziehen. Da ist die Regierung gefordert und daran müssen sich die Arbeitgeber gewöhnen.

Ich glaube, die Regierung hat eine große Chance, Jahrzehnte alte Verkrustungen aufzubrechen. Sie kann einiges verändern im Land. Dazu muss sie nur die Weichen richtig stellen. Und sie muss das sozialpolitische Profil des Landes stärken.

Das bedeutet: Schwerpunkte müssen entschieden gesetzt werden. Wir brauchen das Umsteuern zu einem ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstum.

Das beginnt mit Chancengleichheit in der Bildung, guter Arbeit, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und einer Industriepolitik, die den ökologischen Umbau aktiv fördert.

Die Schlüsselthemen des ökologischen Umbaus sind: Neue energieeffiziente Mobilitätskonzepte, Ressourceneffizienz bei Material und Energie in privaten Haushalten und in der Industrie, sowie der schnelle Umbau der Stromversorgung auf regenerative Energien und die dafür notwendigen Netze und Speichertechniken. Baden-Württemberg muss zum Musterland einer nachhaltigen Energiepolitik werden.

Doch die Politik muss klare und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen. Und sie selbst muss diesen Wandel durch Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Aus- und Weiterbildung begleiten.

Aber ein ökologischer Umbau des Landes kann nur gelingen, wenn umweltverträgliches Wirtschaften konsequent mit sozialer Nachhaltigkeit verschmolzen wird.

Das heißt für die neue Landesregierung: Klare Kante gegen eine weitere Ausdehnung prekärer Beschäftigung. Sie muss sich gegen Leiharbeit stemmen und muss helfen, dem ausufernden Niedriglohnsektor das Wasser abgraben. Dazu gehört ein Tariftreuegesetz im Land ebenso wie ein klares Eintreten für Mindestlöhne.

Daran werden wir sie und ihre Arbeit messen, nicht an den Überschriften im Koalitionsvertrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Jahren ein Dauerbrenner ist die Bildungspolitik im Land. Bildung ist und bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe, daran gibt es nichts zu rütteln.

Der Koalitionsvertrag ist sicher ein erster und richtiger Schritt, das Bildungsthema aktiv und offensiv im Sinne der Menschen anzugehen.

Es ist Aufgabe der neuen Landesregierung, die Versäumnisse und Fehlentscheidungen von CDU und FDP zu korrigieren und endlich für echte Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Alle Menschen in unserem Land müssen die gleichen Voraussetzungen und Chancen auf Bildung haben. Bildung darf nicht von sozialer Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen.

Deshalb muss an den an allen Schulen das strukturelle Defizit an Lehrkräften geschlossen werden. Kleinere Klassen, weniger Unterrichtsausfall, längeres gemeinsames Lernen, mehr individuelle Förderung, echte Ganztagschulen sind außerdem einige Stichworte.

Es muss ausreichend Personal für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stehen.

Und es müssen die Kapazitäten an den Technikerschulen aufgebaut und sich die Hochschulen der Fort- und Weiterbildung auch von Nichtakademikern öffnen.

Diese Maßnahmen sind dringend notwendig, um einem drohenden Fachkräftemangel frühzeitig und effektiv zu begegnen.

Neue Technologien, neue Prozesse und neue Werkstoffe erfordern neue Qualifikationen und erzeugen einen gewaltigen Hunger an entsprechend qualifizierten Fachkräften.

Die Anstrengungen müssen konzentriert werden um heute mit der Ausbildung der Fachkräfte zu beginnen, die wir morgen brauchen. Nur so werden wir Spitzenreiter bei den Zukunftstechnologien.

Die neue Regierung hat die Chance, hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie muss es jetzt auch tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Jahren immer das gleiche Spiel: Die Zahl der Ausbildungsplätze geht zurück. Immer weniger Jugendliche finden eine Ausbildungsstelle und ein

Großteil landet in anderen Maßnahmen. Das hat zur Folge, dass sie aus der offiziellen Statistik der Ausbildungssuchenden herauskippen.

Das schön die Statistik, verdeckt aber die wahre Dramatik. In den letzten beiden Jahren hat die baden-württembergische Metall- und Elektroindustrie insgesamt 17 Prozent weniger Ausbildungsplätze angeboten.

So wird eine riesige Zukunftschance auf qualifizierte Fachkräfte verspielt. Jeder jetzt nicht ausgebildete Jugendliche ist eine fehlende Fachkraft von morgen. Das ist kurzsichtig von den Arbeitgebern.

Statt der jungen Generation eine Chance zu bieten, mit Elan in Ausbildung und Beruf zu starten, werden sie demotiviert und dringend benötigtes Potential verkümmert. Wer die Jugend nicht ausbildet, der hat auch kein Recht, über Fachkräftemangel zu jammern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aber was geschieht mit unseren Kindern, mit jungen Menschen, nachdem sie ihre Ausbildung erfolgreich beendet haben und vor dem Einstieg in das Berufsleben stehen? Man sollte doch davon ausgehen, dass ein Arbeitgeber, ein Betrieb genügend Verantwortung besitzt, die Jugendlichen, die er selbst ausbildet, auch zu übernehmen, oder?

Pustekuchen! Das, was eigentlich die Regel, die logische Konsequenz sein sollte, ist längst zur Ausnahme mutiert. Oft ist das Ende der Ausbildung der Einstieg in das Dasein der Generation prekär: Befristeter Vertrag, Praktikum oder nicht selten sogar Leiharbeit.

Vier von zehn jungen Menschen arbeiten in prekären Jobs. Jeder vierte junge Mensch in Deutschland lebt unter der Armutsgrenze.

Sind das die Perspektiven, die wir für unseren Nachwuchs wollen? Ganz sicher nicht! So raubt man den jungen Menschen jede Grundlage auf neue selbstbestimmte Lebens- und Berufsplanung.

Damit endlich zur Regel wird, was derzeit nur die Ausnahme ist, brauchen wir verbindliche Regelungen zur unbefristeten Übernahme.

Und da uns die Arbeitgeber das nicht schenken werden, müssen wir diese Forderungen notfalls auch in einem Tarifstreit klären. Dafür brauchen wir dann eure Unterstützung, denn ohne Muskelspiel bewegen sich die Arbeitgeber in aller Regel nicht aus ihren bequemen und sündhaft teuren Ledersesseln. Aber das ist egal, da haben wir ja Übung. Lasst uns das angehen, denn es geht vor allem um die Zukunft unserer Kinder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist gelungen das Thema prekäre Beschäftigung aus der Schmutzdecke zu holen. Das war auch bitter nötig.

Schwoll die Zahl der Leiharbeiter vor der Krise auf rund 800.000 an, wurden gleich am Anfang der Krise fast 300.000 von ihnen auf die Straße gesetzt. Es folgten noch Zehntausende, so dass sich die Zahl während der Krise fast halbierte.

Inzwischen haben wir rund 1 Million Leiharbeiter, davon etwa 100.000 alleine in Baden-Württemberg. Im letzten Jahr hat die Zahl um 370.000 zugenommen. So sieht das Jobwunder der Regierung bei Licht betrachtet aus.

Prekäre Beschäftigung, das ist aber nicht nur Leiharbeit, das sind auch Befristungen, Werkverträge, Minijobs und andere Niedriglohtätigkeiten.

Eine deutliche Mehrheit der Menschen lehnt diese Beschäftigungsformen ab, denn wer einmal in die Spirale prekärer Beschäftigung rutscht, kommt in den seltensten Fällen wieder raus.

Insgesamt arbeiten über 7 Millionen Menschen in Deutschland, die im so genannten Niedriglohnsektor. Das sind 1,3 Millionen mehr als im Jahr 2003. Davon sind gut zwei Drittel Frauen.

1,2 Millionen Menschen verdienen weniger als 5 Euro die Stunde. Viele von ihnen brauchen Hartz IV-Zuzahlungen, um überhaupt überleben zu können.

Betriebe nutzen die Menschen aus, absorbieren ihre Arbeitskraft, saugen sie aus und schicken sie anschließend noch zum Betteln in das nächste Job-Center, weil die Verdienste oft so niedrig sind, dass auch ein Vollzeitjob nicht zum Leben reicht.

Ich sage: Leiharbeit, Minijobs und andere Formen prekärer Beschäftigung verstoßen gegen das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes. Sie verstoßen gegen jedes Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzip. Und sie zeigen keinen Respekt vor der Arbeit der Menschen.

Mit Hungerlöhnen ist ein gutes Leben nicht möglich. Mit befristeten Jobs können junge Menschen keine Zukunft planen. Und mit Niedriglöhnen ist Armut im Alter vorprogrammiert.

Das ist ein gesellschaftlicher Skandal, denn prekäre Beschäftigung spaltet nicht nur die Belegschaften, sondern auch die Gesellschaft. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf: Führt endlich einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro ein. Und zwar ausnahmslos für alle Bereiche, in denen unsere Tarifverträge **nicht** gelten.

Und wir brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte, etwa bei der Frage, ob und unter welchen Bedingungen Leiharbeit im Betrieb stattfindet. Für die IG Metall kann ich sagen: Schafft die Politik keine entsprechenden Regelungen, werden wir diese Fragen ab Herbst auf unsere tarifpolitische Agenda setzen.

Wenn das Unwesen von Niedriglöhnen, von prekärer Beschäftigung, von Scheinselbstständigkeit, von Minijobs und was es sonst noch alles gibt, nicht eingedämmt wird, droht diesem Land eine gigantische Altersarmut.

Damit es nicht soweit kommt, brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen in allen Bereichen, ob Industrie, Dienstleistung oder Gastronomie. Das ist das Mindeste!

Heute kann man das noch bekämpfen. Aber man muss es auch tun. Doch dazu müsste endlich das neoliberale Gedankengut über Bord geworfen werden, dass die Regierungen seit vielen Jahren mit sich schleppen.

Das gilt auch für die Rentenpolitik. Trotz 600.000 Menschen über 55, die arbeitslos sind und steigender Langzeitarbeitslosigkeit bei Älteren, trotz der Rentenabschläge für die Hälfte der Neurentner und trotz Arbeitsbedingungen, die es den Menschen kaum möglich machen, bis zur Rente in den Betrieben zu arbeiten, hält die Regierung trotzig an der Rente mit 67 fest.

Ich weiß nicht, ob dies Realitätsverlust oder Denkverweigerung ist, oder sogar beides. Ich bleibe dabei: Schluss mit dem Blödsinn der Rente mit 67!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist ein besonderer 1. Mai. Sicher, jeder 1. Mai ist etwas besonderes, denn es ist der Feiertag der Arbeitnehmer.

Doch dieser 1. Mai bringt gravierende Veränderungen mit sich. Ich meine damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ab heute gilt.

Bundeswirtschaftsminister Brüderle hat verkündet, er freue sich darauf. Schön für ihn, aber er ist davon auch nicht betroffen. Verantwortlich für die Folgen ist er dagegen schon.

Die Politik hat es versäumt, nein, man muss sogar sagen, Schwarz-Gelb hat es bewusst verhindert, Leitplanken zur Verhinderung von Lohndumping und zum Schutz von einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzuziehen. Die heutigen Ankündigungen der zuständigen Ministerien, künftig mehr kontrollieren zu wollen, beruhigen wenig, denn sie bekämpfen Ursachen und Symptome nicht.

Die Gewerkschaften haben vor den drohenden Problemen gewarnt, haben verbindliche Regeln für Leiharbeit und einen Mindestlohn von 8,50 Euro gefordert. Die Arbeitgeber und die Bundesregierung haben sie negiert.

Jetzt ist der Boden für Verdrängung, Lohndumping und Ausbeutung bereitet, denn im Grunde gilt der Lohn des Herkunftslandes.

Der Beschluss, einen Mindestlohn in der Leiharbeit einzuführen, wäre und ist nur ein erster Schritt.

Den Missbrauch von Leiharbeit können und werden wir nur verhindern, wenn es Equal Pay vom ersten Tag an gibt und zwar am Bau, in der Pflege und Gastronomie ebenso wie in allen anderen Bereichen. Derzeit liegt das Entgelt eines Leiharbeiters rund 50 Prozent unter dem eines Stammbeschäftigten.

Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit. Diesen Grundsatz haben sich die Gewerkschaften, hat sich die IG Metall auf die Fahnen geschrieben. Von ihm werden wir keinen Jota abrücken, bis er für alle gilt, egal woher sie kommen, denn Freizügigkeit der Arbeitnehmer heißt nicht „Freizügigkeit für Ausbeuter und moderne Sklavenhändler.“

In diesem Sinne, lasst uns weiter dafür streiten, die Welt Stück für Stück besser und gerechter zu machen. Ich wünsche Euch und uns allen einen schönen 1. Mai.

Glück auf und vielen Dank für die Aufmerksamkeit.